

Per Gerichtsentscheid ins Präsidentenamt - Mexiko nach den Wahlen

Urheber: Benjamin Reichenbach

66 Tage nach den mexikanischen Präsidentschaftswahlen vom 2. Juli ist es amtlich: Felipe Calderon ist neuer Präsident Mexikos. Lange hatte es gedauert bis das Wahlgericht den Sieg des Konservativen nach langwieriger Nachzählung schließlich offiziell bestätigte. Calderons Gegner bei den Präsidentschaftswahlen, der sozialistische Ex-Bürgermeister von Mexiko-Stadt, Andrés Manuel López Obrador, von der Partei der demokratischen Revolution (PRD), erkennt den Wahlsieg Calderons indessen nicht an, trotz Nachzählung durch die Wahlbehörde und einstimmigen Urteils der Bundeswahlrichter. Obrador hatte die Wahl angefochten und das Bundeswahlgericht angerufen, um alle Stimmzettel erneut auszählen zu lassen, nachdem es zu Unregelmäßigkeiten gekommen war. Zudem rief er die Bevölkerung bereits unmittelbar nach der erstmaligen Verkündung des Wahlergebnisses zu zivilem Protest auf und mobilisierte seine Anhänger zu Massendemonstrationen. Seine Weigerung das Ergebnis der Präsidentschaftswahlen anzuerkennen, wird weiterhin für Unruhen und innenpolitische Spannungen sorgen.

Felipe Calderon von der konservativen Partei der Nationalen Aktion, „Partido Acción Nacional“ (PAN), wird Nachfolger von Präsident Vicente Fox (ebenfalls PAN), der bis zum 1. Dezember noch offiziell im Amt ist. Eine zweite Amtszeit durch Wiederwahl des amtierenden Präsidenten schließt die mexikanische Verfassung grundsätzlich aus. Mit seiner Wahl zum Präsidenten hatte der ehemalige Unternehmer Fox vor sechs Jahren das bis dato bestehende Monopol der Partei der institutionalisierten Revolution, „Partido Revolucionario Institucional“ (PRI), auf das Präsidentenamt gebrochen und Mexiko zu einem demokratischen Durchbruch verholfen.

Von 1929 bis zum Jahr 2000 hatte die PRI Jahrzehnte lang die Macht in Mexiko inne, stellte durchgehend den Präsidenten und besetzte alle wichtigen Ämter in Regierung, Parlament und Justiz. Mexiko war demzufolge ein Prototyp des hegemonialen Parteiensystems, in dem zwar mehrere Parteien bestehen – im Gegensatz zu einem reinen Einparteiensystem wie in der Sowjetunion oder in Spanien unter Franco – aber kein Wettbewerb unter ihnen stattfindet, sondern *eine* Partei unangefochten ihre Vorherrschaft ausübt, so wie es beispielsweise auch in der DDR durch die SED der

Fall war. Zu einem Wechsel im Präsidentenamt kam es in Mexiko trotz Herrschaft der PRI dennoch alle sechs Jahre. Nachdem bereits 1990 das unabhängige Wahlinstitut IFE (Instituto Federal Electoral) zur Durchführung freier und gesetzmäßiger Wahlen gegründet worden war, kam es in den 90er Jahren zu innenpolitischen Reformen in Richtung mehr Demokratie. Bei den Kongresswahlen 1997 verlor die PRI die absolute Mehrheit im Abgeordnetenhaus, sowie das Bürgermeisteramt in Mexiko-Stadt und zwei Gouverneursposten. In Mexiko begann sich ein Mehrparteiensystem herauszubilden. Mit Vincente Fox gelang es der PAN im Jahre 2000 dann die Macht der PRI endgültig zu brechen. Zum ersten Mal seit 70 Jahren stand ein Präsident an der Spitze des Staates, der nicht mehr der PRI angehörte.

Im Präsidentschaftswahlkampf 2006 spielte die PRI kaum noch eine bedeutende Rolle. Ihr Kandidat Roberto Marazo lag in den Umfragen stets abgeschlagen auf Platz 3, so auch letztlich bei den Wahlen selbst. Umso enger lagen die beiden Spitzenkandidaten Calderon (PAN) und Obrador (PRD) gleich auf. Der Vorsprung Calderons vor Lopez Obrador fiel denn mit 35,89 % zu 35,31 % auch hauchdünn aus. Problematisch erweist sich dieses Ergebnis vor allem aufgrund des mexikanischen Wahlsystems, das auch bei einer nur relativen Mehrheit der Stimmen keinen zweiten Wahlgang vorsieht – ein Sonderfall unter den präsidentiellen Systemen Lateinamerikas. Der Sieg Calderons ist somit durch lediglich 15 Millionen der 100 Millionen Mexikaner legitimiert, sein Vorsprung vor Obrador beträgt 239.751 Wahlstimmen. Darum scheint es dringend geboten das mexikanische Wahlrecht zu ändern und im Falle einer fehlenden absoluten Mehrheit eine Stichwahl einzuführen. Calderon hat bereits seine Bereitschaft zur Überprüfung des Wahlrechts ausgedrückt, um Probleme und Unregelmäßigkeiten künftig zu vermeiden. Indes sollten alle Parteien ein gemeinsames Interesse daran haben, diesen Mangel im Wahlsystem baldmöglichst zu beheben, um einem Legitimationsdefizit des Präsidenten gegenüber der Bevölkerung vorzubeugen.

Bei der Mobilisierung seiner Anhänger nach der verlorenen Wahl dürfte AMLO, wie Andrés Manuel López Obrador von seinen Anhängern liebevoll genannt wird, zusätzlich die Tatsache genützt haben, dass er in den Umfragen vor der Wahl immer wieder leicht in Führung lag,. Bereits ein Jahr vor der Präsidentschaftswahl kam es zur wohl größten Demonstration der mexikanischen Geschichte, nachdem die regierende PAN versucht hatte Obradors Immunität wegen angeblichen Amtsmissbrauchs aufzuheben, was seine Kandidatur bei der Präsidentschaftswahl verhindert hätte. Nach Massenprotesten und deutlicher Unterstützung der Bevölkerung für Obrador wurde das Verfahren von der mexikanischen Regierung eingestellt. AMLOs Anhängern erscheint die Auszählung des Wahlergebnisses nun als weiterer Schritt der Regierung, Obrador Knüppel zwischen die Beine zu werfen, um seinen Einzug ins Präsidentenamt zu verhindern. Viele von ihnen fühlen sich um den ersehnten Sieg betrogen und wollen

auch nach der Wahl weiterhin für AMLO kämpfen. Genau das befürchteten mexikanische Politikwissenschaftler schon vor den Wahlen: eine Krise des politischen Systems für den Fall, dass Obrador knapp unterliegen sollte

Besonders stark ist die Unterstützung für AMLO in der Unterschicht. Die mexikanische Landbevölkerung ist bitterarm, 26% aller Mexikaner leben unter der Armutsgrenze, Tausende emigrieren in die USA. Die Einkommensverteilung ist entsprechend unausgewogen, die ärmsten 40% der Bevölkerung erhalten nur 11% des Volkseinkommens. Ihre Hoffnungen ruhten auf AMLO, von dem sie sich mehr soziale Gerechtigkeit versprochen. So hatte Obrador im Wahlkampf auch angekündigt, die Sozialleistungen zu erhöhen und eine Grundrente für alle über 70-jährigen einzuführen, wie er es bereits in Mexiko-Stadt getan hat. Seine politischen Gegner nutzten dies, um Obrador – zu Unrecht – auf eine Ebene mit Venezuelas Präsidenten Hugo Chavez und seinen bolivianischen Mitstreiter Evo Morales zu stellen.

Jedoch auch Obrador hätte Mexikos politische und wirtschaftliche Ausrichtung nicht geändert, nicht ändern können. Das Land wäre weiterhin Mitglied der nordamerikanischen Freihandelszone NAFTA geblieben, in enger Verbundenheit mit den USA. Diverse Freihandelsabkommen (wie zuletzt mit Japan 2005) wären nicht rückgängig zu machen gewesen. Als Mitglied der OECD und zehntgrößte Volkswirtschaft der Welt ist das wirtschaftsliberale Mexiko ein Sondermodell unter den lateinamerikanischen Ländern, in dem marktwirtschaftliche Prinzipien fest verankert sind.

Die Politik Felipe Calderons wird auf diesen Grundlagen an die Leitlinien seines Vorgängers anknüpfen. Calderon hat allerdings bereits angekündigt Vorschläge der Linken sowie Themen aus ihrem Wahlprogramm (Armutsbekämpfung, Verringerung der Ungleichheit, Zugang zu Bildung) in sein Regierungsprogramm aufzunehmen, um so den Ausdruck des gesamten Wählerwillens in seinem Regierungsprogramm wiederzuspiegeln. Auf internationaler Ebene hat Calderon überraschenderweise angekündigt engere Beziehungen zu den lateinamerikanischen Staaten zu knüpfen, auch zu Kuba, Venezuela und Bolivien, zu denen sich das Verhältnis unter Vicente Fox distanziert hat. Calderons Strategie der nationalen Aussöhnung deutet bereits in die richtige Richtung. Er sucht Gespräche mit allen politischen Kräften, auch mit der PRD und appelliert an die Vernunft aller politischen Akteure. Kleinere Parteien, die während des Wahlkampfes die PRD unterstützten, haben sich schon zur Zusammenarbeit mit Calderons Regierung bereit erklärt, und auch unter den Mitgliedern des Abgeordnetenhauses, wo die PAN ebenfalls nur eine relative Mehrheit innehat, zeichnen sich Kompromisslinien ab. Obrador selbst hingegen denkt tatsächlich ernsthaft über die Ausrufung einer Parallelregierung nach. Bereits kurz nach der Wahl wurde ihm von Calderon die Hand zu Gesprächen über eine Regierung der nationalen

Einheit gereicht. Obrador täte gut daran diese endlich anzunehmen und Calderon als Präsidenten anzuerkennen. Mexiko braucht politische Handlungsfähigkeit. Eine Spaltung des Landes ist dabei äußerst schädlich.